„Jetzt Offenheit beweisen"

SPIEGEL-Interview mit dem Berliner Bürgermeister Walter Momper (SPD) über die Öffnung der Mauer

Bürgermeister Momper (M.), SPIEGEL-Redakteure*: „Invasion ist das falsche Wort"

SPIEGEL: Herr Regierender Bürgermeister, seit der Nacht zum Freitag vergangener Woche findet in Berlin ein Stück Wiedervereinigung statt. Die neue Reisefreiheit der DDR-Bürger hat über die Mauer hinweg zur Verbrüderung Hunderttausender von Ost- und West-Berlinern geführt. Ihre Empfindungen?

MOMPER: Unbeschreiblich. Das hat ganz Berlin 28 Jahre lang herbeigesehnt. Aber das ist nicht das Fest der Wiedervereinigung, das ist ein Fest des Wiedersehens.

SPIEGEL: Rechnen Sie jetzt mit der Öffnung des Brandenburger Tores?

MOMPER: Die DDR hat ja bereits weitere Übergänge in den letzten Tagen geöffnet. Aus unserer Sicht wäre es nun sinnvoll, daß Ost-Berlin noch zusätzliche Über- und Eingänge zur U- und zur S-Bahn aufmacht. Das Brandenburger Tor hat ja einen eigenen Symbolwert, hätte aber für den zu erwartenden Verkehr nicht die vorrangigste Bedeutung. Doch, so oder so, es wird mehr Normalität sein, etwa so wie an der Grenze Schweiz–Bundesrepublik.

SPIEGEL: Wird die neue Freiheit in Ost-Berlin auch mehr Freizügigkeit für West-Berliner bringen?

MOMPER: Das wird natürlich der zweite Schritt sein, daß nun die Einreisegenehmigung nochmals entbürokratisiert werden muß, auch für bislang ausgesperrte ehemalige DDR-Bürger. Alle diese Restriktionen für die Einreise von Westen her, die machen jetzt ja überhaupt keinen Sinn mehr. Der DDR würde ich da raten, daß sie, wenn sie sich öffnet, den frischen Wind reinlassen muß. Wenn die SED-Führung selbst das nicht ganz schnell macht, dann wird der Wind der Veränderung in Europa sie hinwegfegen. Wer jetzt noch glaubt, mit bürokratischen Mätzchen etwas behindern zu können, oder glaubt, einzelne Personengruppen vom Reisen ausschließen zu können, der irrt, und zwar ganz fundamental.

SPIEGEL: Zunächst aber muß nun West-Berlin neben Tausenden von Übersiedlern eine regelrechte Invasion von DDR-Touristen verkraften.

MOMPER: Invasion ist das falsche Wort. Berlin wird ja nicht erobert. Aber sehr viele Touristen werden kommen, 100 000 mindestens pro Wochenende, wahrscheinlich sogar sehr viel mehr, von Dresden bis Rostock, Ost-Berlin sowieso – und wir heißen sie willkommen.

SPIEGEL: Sollen denn diejenigen, die auf Dauer in den Westen wollen, die überfüllte Stadt meiden?

MOMPER: Nein, wer als Berliner oder sonstwie eine besondere Bindung zur Stadt hat, der hat auch ein Recht darauf, in die Stadt zu kommen und dort zu leben. Wir werden aber allen klar sagen müssen, daß sie auf mittlere Sicht, wenn sie nicht bei Bekannten oder Verwandten wohnen können, auch mit Heimen und Lagern vorliebnehmen müssen. Aber die eigentliche Frage ist ja eine andere. Wie helfen wir mit, die Verhältnisse in der DDR so zu verändern, daß die Menschen dort bleiben wollen? Da ist die SED gefordert. Sie muß sich möglichst schnell dem freien Wettbewerb stellen wie jede andere Partei auch.

SPIEGEL: Wie weit müssen denn die Reformen in der DDR gediehen sein, damit Sie eine Zuzugssperre, wie sie westliche Politiker wünschen, für West-Berlin akzeptieren?

MOMPER: Ich halte eine solche Sperre für abenteuerlich. Wir würden die Fluchtbewegung aus der DDR ungeheuer beschleunigen, wenn wir von unserer Seite in irgendeiner Weise zu erkennen gäben, daß wir hier aus kleinbürgerlicher Angst vor dem Verlust materieller Privilegien dichtmachen wollen. Wer das tut, der versündigt sich an der Zukunft der DDR und auch an der Zukunft der Bundesrepublik.

SPIEGEL: Halten Sie die bisherigen Veränderungen in der DDR für unumkehrbar?

MOMPER: Es mag Rückschläge geben, aber die DDR ist aus meiner Sicht über den Punkt hinaus, wo sich noch mit den Maßnahmen des Polizeistaates die Situation beherrschen läßt. Dazu sind die Demonstrationen zu groß. Die Angst der Menschen ist völlig weg.

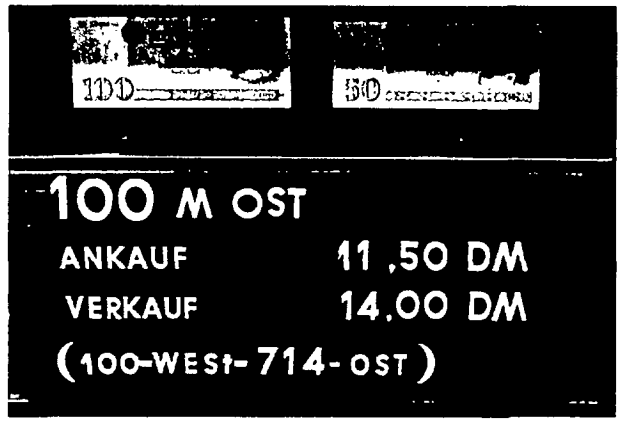
SPIEGEL: Im Westen dagegen wächst die Angst vor dem neuen Massenbesuch aus dem Osten.

MOMPER: Ja, natürlich. Wenn man sieht, welchen Widerstand hier in West-Berlin beispielsweise die Reisefreiheit für die Polen hervorgerufen hat, dann bekommt man eine Ahnung davon, was auch an Ängsten und Vorbehalten in der Bevölkerung gegen den Ansturm aus der DDR geweckt wird.

SPIEGEL: Was wird, wenn zu dem verhaßten Polen-Markt bald ein riesiger Sachsen-Markt kommt?

* Wolfgang Bayer und Christian Habbe.

MOMPER: Dieser Polen-Markt ist im Moment das Objekt großer Aggression und Stimmungsmache. Wenn man aber tatsächlich hinguckt, dann sieht man, daß 10 000 Polen etwas verkaufen, 10 000 Menschen aus West-Berlin und Touristen aus Westdeutschland kommen, die etwas kaufen oder auch nur gucken wollen. Das Ganze hat ja Basar-Atmosphäre. Vielleicht hat sich die Stadt mit ihren zwei Millionen Einwohnern, im Schatten der Mauer und etwas abseits der Weltgeschichte, allzu selbstbezogen eingerichtet. Jeder hat seinen Vorgarten besonders schön gepflegt, und nun auf einmal erschrickt man: Es kommt der frische Wind eines anderen Ost-West-Verhältnisses; das könnte dazu führen, daß die Leute die Blumen im Vorgarten niedertrampeln, und auch sonst könnte es in der Stadt lauter werden.



Geldwechselstube am Bahnhof Zoo
„Nicht schenken, sondern tauschen"

SPIEGEL: Die West-Berliner müssen lernen, offener zu werden?

MOMPER: Wir müssen diese Offenheit, die eine Weltstadt eben auszeichnet, wieder beweisen. Aber stellen Sie sich mal vor, dies alles passierte in Hannover oder gar in Hamburg – also, ich will keiner Stadt zu nahe treten –, ob diese Städte eine solche Veränderung ähnlich leicht weggesteckt hätten wie West-Berlin, das möchte ich doch bezweifeln.

SPIEGEL: Die Prüfung kommt erst jetzt. Das Gedränge in der Stadt wird immer extremer. Allein in diesem Jahr sind bisher schon 35 000 Aus- und Übersiedler nach West-Berlin gekommen und haben haarsträubende Notstände auf dem Wohnungsmarkt und große Lücken im Sozialetat verursacht.

MOMPER: Wir brauchen Hilfe. In den letzten fünf Jahren hat Berlin einen Bevölkerungszugang von 143 000 Einwohnern verkraftet, eine zusätzliche Bewohnerschaft von der Größe Bremerhavens oder Heidelbergs. Dieses Jahr werden es noch mindestens 40 000 mehr. Schon allein für die jetzt 22 000 Menschen in Heimen und Lagern haben wir den Wohnungsbau enorm anzukurbeln. Es gibt auch noch viele Berliner, die eine Wohnung suchen. Dabei ist durch die unsoziale Bonner Steuerreform ein Einnahmeausfall in Höhe von ungefähr 600 Millionen Mark entstanden. Wir erwarten jetzt von der Bundesregierung, die ja immer die nationale Aufgabe Berlins so laut auf den Lippen führt, hier nun mal ihren Einsatz zu beweisen und der Stadt bei der Integration so vieler Menschen aus der DDR, aus Polen, aber auch aus Westdeutschland zu helfen.

SPIEGEL: Wer soll eigentlich die neue Reisefreiheit der DDR-Bürger finanzieren? Der CDU-Generalsekretär Volker Rühe meinte, die DDR selber. Ihr Parteivorsitzender Hans-Jochen Vogel möchte, daß die DDR ihren Devisenschatz aus dem Zwangsumtausch aktiviert. Beides scheint kaum praktikabel.

MOMPER: Die Aussage von Herrn Rühe ist schon ziemlich ungeheuerlich. Dahinter verbirgt sich die Absicht, die in der DDR gewonnene Reisefreiheit durch Ausspielen der Devisenprobleme zu beschneiden.

SPIEGEL: Was schlagen Sie vor?

MOMPER: Mittelfristig muß es doch das Ziel sein, das Wohlstandsgefälle zwischen der Bundesrepublik und der DDR und Polen möglichst einzuebnen. Ich glaube, wir können von der DDR, die schon jetzt ihren Millionen Westreisenden jeweils 15 Mark Devisen und die Eisenbahnrückfahrkarte mitgibt, nur in Maßen verlangen, für die steigende Zahl von Reisenden noch mehr von ihrem knappen Devisenvorrat auszugeben. Ich sage, wie bisher sollten wir das Begrüßungsgeld von 100 Mark, das jeder DDR-Besucher einmal pro Jahr beanspruchen kann, weiter bezahlen. Aber wir sollten dies durch die Staatsbank der DDR erledigen lassen.

SPIEGEL: Woher soll die Staatsbank das Geld nehmen?

MOMPER: Von den Reisenden. Die könnten zu einem marktgerechten Kurs, etwa zwischen 1:4 oder 1:5, wie ihn auch DDR-Experten neuerdings nennen, Mark-Ost in DM-West eintauschen. Die Westdevisen geben wir, und dafür erhalten wir von der Staatsbank den Gegenwert in Ostmark, den wir einfrieren könnten.

SPIEGEL: Die DDR-Bürger sollen sich ihr Begrüßungsgeld also künftig selber kaufen?

MOMPER: Ja, ganz normal eintauschen, und zwar deshalb, weil das dem Ganzen den demütigenden Charakter nimmt, daß Geld geschenkt wird. Immerhin haben die Bürger der DDR genug Bargeld. Mehr als 150 Milliarden in Ostmark liegen auf Sparkonten.

SPIEGEL: Und die Rentner?

MOMPER: Gut, bei den Rentnern könnte man eine Ausnahme machen. Auf alle Fälle stoppen wir so den Effekt, daß einige nur reisen, um die 100

Berliner Flüchtlingsunterkunft Teppichhalle: „Wohlstandsgefälle einebnen"

Mark Westgeld zu bekommen. Zusammengefaßt: Das müßte der Weg sein, der den Bürgern der DDR wirklich hilft und wirtschaftspolitisch keine unerwünschten Nebeneffekte auf die Ökonomie der DDR hätte.

SPIEGEL: Sehen das Ihre DDR-Gesprächspartner ähnlich?

MOMPER: Ich habe das dort so dargestellt und sehr dazu geraten. Herr Schabowski, jetzt die Nummer zwei der DDR, hat eine realistische Einschätzung der Devisenprobleme.

SPIEGEL: Ihre eigenen Parteifreunde in Bonn scheinen ja teilweise vom Umbruch im Osten ein wenig überrascht, wenn nicht überfordert. Als Antwort auf die Gewalt gegen Demonstranten in der Tschechoslowakei beispielsweise fiel dem Bonner SPD-Parteivorstand zunächst nur der Abbruch der Kontakte zu den dortigen Kommunisten ein.

MOMPER: Ja, ich habe zu meinem Bedauern und Entsetzen auch festgestellt, daß die Sensibilität für die Vorgänge im Osten um so geringer wird, je weiter man von Berlin oder Helmstedt entfernt ist. Leider werden auch einige Grunderfahrungen und Erkenntnisse aus der von Willy Brandt und Egon Bahr geprägten Ostpolitik zunehmend vergessen.

SPIEGEL: Welche?

MOMPER: Es war eine eiserne Grundregel, daß immer miteinander gesprochen werden muß, gerade in Zeiten der Krise. Man muß sich austauschen, um nichts verschüttgehen zu lassen. Ich habe dem Parteivorstand vom Einfrieren der Beziehungen mit der Prager KP abgeraten, aber man hat auf mich nicht gehört. Deshalb konnte man von mir nicht erwarten, daß wir in einer Situation des Umbruchs auf Kontakte in der ČSSR verzichten, und deshalb sind wir von der Berliner SPD letzte Woche auch hingefahren.

SPIEGEL: Auch der SED gegenüber reichen die Reaktionen Ihrer Bonner Parteifreunde von Skepsis bis Ablehnung.

MOMPER: Es ist richtig, daß manchmal auch bei den Bonnern Orientierungslosigkeit zu beobachten ist. Manche tun so, als ob die Wiedervereinigung unmittelbar vor der Tür steht. Neulich, auf der letzten Parteivorstandssitzung, habe ich gedacht, ich sei da irgendwie auf der falschen Veranstaltung. Einige haben Rezepte aus der Tasche geholt, die an die CDU-Politik der fünfziger Jahre erinnerten.

Ich habe denen geraten, sie sollten hinhören auf das, was die Vertreter der kritischen und der oppositionellen Gruppen innerhalb der DDR selber sagen. Wenn man dort genau zuhört, dann schminkt man sich den Glauben ab, die warteten nur darauf, sich endlich an die Bundesrepublik anschließen zu können.

SPIEGEL: Die Irritation in Ihrer Partei ist doch schon recht groß, wenn selbst Erhard Eppler, immerhin einer der Autoren des gemeinsamen Positionspapiers von SPD und SED, die Dialogfähigkeit der Einheitssozialisten bezweifelt.

MOMPER: Manchmal schlägt idealistische Haltung in Frust um. Ich kann da manche persönliche Enttäuschung, auch die von Erhard Eppler, gut verstehen. Er hat offenbar überschätzt, was dieses gemeinsame Papier von SPD und SED bewirken könnte.

SPIEGEL: Was hat es denn letztlich bewirkt?

MOMPER: Immerhin hat das Papier bei den Diskussionen der DDR-Bevölkerung eine große Rolle als politischer Hebel gespielt. In Parteiversammlungen sind Mitglieder und auch andere Bürger aufgetreten und haben die Oberen gefragt: „Bitte, hier habt ihr etwas unterschrieben über Reformfähigkeit und -notwendigkeit des Systems, über kritischen Austausch – warum haltet ihr das nicht ein?"

SPIEGEL: Der saarländische Ministerpräsident Oskar Lafontaine kann sich im Konfliktfall sogar die Rote Armee als Garanten von Glasnost und Perestroika in der DDR vorstellen.

MOMPER: Absurd. Ich habe Walentin Falin bei seinem letzten Besuch gefragt, ob die Sowjets beim Tapetenwechsel in der DDR nachhelfen wollen. Er hat mich lächelnd gefragt: „Wollen Sie die Breschnew-Doktrin wieder zurückhaben?"

SPIEGEL: Ihr Parteifreund Jürgen Schmude hat geäußert, man sollte eines Tages die Mauer unter Denkmalschutz stellen ...

MOMPER: Daß ausgerechnet Jürgen Schmude, den ich außerordentlich schätze, dem hiesigen Landeskonservator in die Hände arbeitet, das hätte ich denn doch nicht angenommen. Im Ernst: Wenn es ein Bauwerk gibt, das die Berlinerinnen und Berliner, und zwar auf beiden Seiten, wegen seiner Häßlichkeit so schnell wie möglich loswerden wollen, dann ist das die Mauer. Ich glaube, es gibt Institutionen, die – so historisch sie auch immer sein mögen – die Menschen so gepeinigt haben, daß sie wirklich wegkommen müssen.

SPIEGEL: 1991 ist der 30. Jahrestag der Mauer. Wird dann der Betonbau noch stehen?

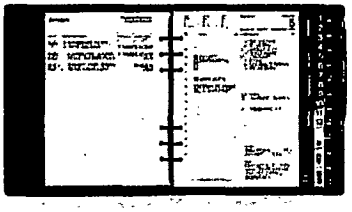
MOMPER: Das weiß ich nicht. Ohne Frage hat sie jetzt objektiv ihre Funktion verloren, aber der Abriß wäre ein symbolischer Akt. ◄

„Ein gutes Gefühl, alles im Griff zu haben."
Time/system

Ich bin viel unterwegs und muß laufend wichtige Entscheidungen treffen. Deshalb brauche ich Daten, Informationen und Notizen, die mir jederzeit zugänglich sind.

Time/system ist mein mobiles Büro: Ich habe alles Wichtige sofort zur Hand. Das gibt mir Sicherheit und macht mich flexibel. Dafür habe ich gern 272,– DM investiert.

Mein Ziel- und Zeitplanbuch ist Time/system.



Time/system®

INFO-SERVICE: 040/553 00 553
TELEFAX: 040/553 54 06